

Magdalena Müller
Weg des Friedens 1
01234 Mitteldeutschland



M. Müller, Weg d. Friedens 1, 01234 Mitteldeutschland

Gemeinde Schulzendorf
Gemeinderat der Gemeinde
Schulzendorf
Richard-Israel-Str. 1
15732 Schulzendorf

70 Jahre nach dem Volksaufstand
Mitteldeutschland, den 17.6.2023

Rücktritt des Gemeinderates mit Neuwahlen

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Magdalena Müller steht als Pseudonym für über 10 Millionen Mitteldeutsche, die mit der aktuellen politischen Situation in unserem Land mehr als unzufrieden sind. Wir alle wissen, daß die Wende vor 33 Jahren nie stattgefunden hat. Die Politiker aus Ost und West haben uns belogen und außer schöneren Autos keine wirkliche Freiheit beschert.

Entgegen vieler sich beklagender Mitteldeutscher, die keinen Ausweg sehen, hat Magdalena Müller über viele Jahre hinweg recherchiert und Fakten zusammengetragen, um endlich einen rechtlich korrekten und gangbaren Weg aus diesen Mißzuständen für uns alle anbieten zu können. Deswegen erhalten Sie als Gemeinderat dieses Schreiben, denn die Lösung liegt nicht bei den Politverbrechern in Berlin und in den Landtagen, sondern einzig und allein in der Subsidiarität jeder einzelnen Gemeinde. Damit Sie das verstehen können, werden zuerst ein paar geschichtliche Hintergründe betrachtet, die uns Mitteldeutschen gerne vorenthalten werden:

- Am 17.7.1990 trafen die Außenminister der BRD und der DDR mit den Außenministern der 4 Alliierten in Paris zusammen. Dabei hob der sowjetische Außenminister Schewardnaze die DDR-Verfassung in die Luft und schnitt eine Ecke ab. Durch diesen historischen Akt war die DDR-Verfassung erloschen und damit verbunden alle Regierungs- und Verwaltungsorgane der DDR. Dadurch hat das Ländereinführungsgesetz der Volkskammer vom 22.7.1990, welche die 5 neuen Bundesländer begründete, keine Rechtskraft erlangen können, da die DDR mit der Volkskammer bereits aufgelöst war und nicht erst am 3.10.1990, wie uns mit der sogenannten Wiedervereinigung vorge-täuscht wird.
- Durch diesen Umstand wird verständlich, warum in dem Vertrag vom 9.10.1990, der zwischen der Regierung der BRD und der Regierung der UdSSR abgeschlossen wurde und den Abzug des russischen Militärs regelt, unter Artikel 9 steht: „Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der BRD und die Regierung der UdSSR einander mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für sein Inkrafttreten erfüllt sind.“ Diese Voraussetzungen sind bis heute nicht erfüllt, weswegen keine Mitteilung gemacht werden konnte, da die DDR bereits aufgelöst war. Es gilt weiterhin das sowjetische Besatzungsrecht auf dem Gebiet der Ex-DDR mit den SMAD-Befehlen (sowjet. Militäradministration in Deutschland). Das russische Militär ist real nie abgezogen, bestenfalls umgekleidet worden.

- Das Besatzungsrecht war lediglich vom 3.10.1990 bis zum 15.3.1991 ausgesetzt, was durch die „Protokollerklärung“ des sogenannten „Einigungsvertrages“ vom 31.8.1990, BGBl. II S. 906 in Verbindung mit dem „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ vom 12.9.1990, BGBl. II, S. 1317 in Verbindung mit der „Suspendierungserklärung“ vom 2.10.1990, BGBl. II, S. 1331 in Verbindung mit der „Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ vom 15.3.1991, S. 587 wiedergegeben ist. Das Grundgesetz der Westalliierten für die BRD vom 23.5.1949 konnte nie auf dem Gebiet der Ex-DDR Gültigkeit erlangen, da hier weiterhin sowjet./russisches Besatzungsrecht mit den SMAD-Befehlen besteht.
- Wodurch war dieses Schauspiel möglich geworden? In den Konferenzen von Teheran, Malta und Jalta 1943-45 wurde von den 4 Alliierten festgelegt, wie Deutschland nach der vollständigen Besetzung in einzelne Zonen aufgeteilt werde. Außerdem unterschrieb die Sowjetunion die amerikanische SHAEF-Gesetzgebung (Supreme Headquarter of Allied Expeditionary Forces = Oberstes Hauptquartier der auswärtigen Streitkräfte), womit jeder Vertragspartner die USA als Hauptsiegermacht des 2. Weltkrieges bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland anerkennt. Auf der Potsdamer Konferenz im Juli/August 1945 forderte Stalin den Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland. Truman lehnte ab.
- Es war nie Ziel der Amerikaner gewesen, einen Friedensvertrag abzuschließen, um den Kriegszustand über die Welt zu beenden. Der 2. Weltkrieg gegen Deutschland war nur der Vorwand, die UdSSR/Rußland vertraglich an den Krieg zu binden, um anschließend den Krieg gegen Rußland weiter zu führen, was zum sogenannten „Kalten Krieg“ wurde. In der Folge wurde die westalliierte Trizone gegründet mit der BRD, die der NATO angegliedert wurde. Dem gegenüber stand die DDR mit dem Warschauer Pakt.
- Der imperialistische Kampf gegen die UdSSR lief auch innerhalb der DDR weiter. Der Aufbau der Stasi in der DDR wurde durch den westdeutschen Bundesnachrichtendienst (BND), welcher wiederum den westalliierten Geheimdiensten unterstand, durchgeführt. Der berühmte Mauerbau am 13. August 1961 war ein gemeinsames Projekt der BRD-Regierung mit der DDR-Regierung gegen die Sowjetunion gewesen. Die DDR war mit ihren billigen Arbeitskräften in den LPG's und Kombinatn ein Geld-Druck-Paradies, das für den Westen produzierte, wobei die Polit- und Stasispitzen ihre Westprivilegien bekamen und an den Gewinnen beteiligt waren. Da mag es nicht verwundern, daß der oberste Minister des MfS der westdeutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher war. Als 1973 beinahe dieser Kuhhandel aufgefliegen wäre, wurde die Guillaume-Spionage-Affäre für die Weltöffentlichkeit als Ablenkungsmanöver inszeniert, wodurch der damalige Bundeskanzler Willy Brand zurücktreten mußte.
- Die Sowjetunion, die von der Westpropaganda seit 1945 der Welt als die „Bösen“ dargeboten werden, blieben ruhig und warteten auf das Ende der 40-jährigen Besatzungszeit Deutschlands, die auf den 1.1.1986 festgelegt war. Nachdem auf westlicher Seite nichts geschah, erfolgten nach einigen Annäherungsversuchen die Grenzöffnungen von Ungarn nach Österreich und von der Tschechoslowakei zur BRD. Dadurch hat die UdSSR das von der BRD-Regierung und von der DDR-Regierung gemeinsam geplante Blutbad gegen die Montagsdemonstrationen in Leipzig und Dresden verhindert, denn die DDR-Regierung hatte bereits im Vorfeld 25.000 Särge dafür herstellen lassen. Am

9.11.1989 übergab ein russischer Gesandter Günter Schabowski ein Schreiben, welches er auf der abendlichen Pressekonferenz vorzulesen hatte. Damit war die Mauer, die nie von der Sowjetunion errichtet worden war, von der Sowjetunion geöffnet worden.

- Aber auch die Sowjetunion war am Untergehen. Für die Westpolitiker war es damals sehr einfach gewesen, den ahnungslosen und unbelasteten DDR-Bürgern über den Trick der Einlassung zu Wahlen der Westzone auf dem Gebiet von Mitteldeutschland die westliche Freiheit zu verkaufen. Niemand wußte, daß nur ein Friedensvertrag einen Krieg beendet. Und den gab und gibt es bis heute nicht. Der Krieg gegen die DDR-Bevölkerung wurde in der Form geführt, daß Ihre Betriebe und Arbeitsplätze zerstört wurden, um keine Konkurrenz gegenüber dem Westen, für den sie ja bereits produziert hatten, entstehen zu lassen. Weiter ging es mit dem rechtswidrigen Ausverkauf der Ex-DDR durch die westdeutsche Treuhand.

Nach nunmehr 32 Jahren im Westregime wissen mittlerweile mindestens 80% der mitteldeutschen Bevölkerung, daß sie von der Westpolitik seither belogen und betrogen werden. Leider können Sie es nicht so im Detail präzisieren, wie es Magdalena Müller Ihnen hier vorführt, da sie von Anfang an von den Ost- und Westpolitikern unwissend, besser gesagt dumm gehalten wurden.

Nun kommen wir an einen wichtigen Punkt: Was haben Sie als Gemeinderäte mit der großen Politik zu tun? Die Antwort ist sehr einfach: Sie lassen dieses Unrecht in Ihrer Gemeinde zu, obwohl es bedingt durch die Subsidiarität in der Gemeinde keine Gültigkeit besitzt, was im Übrigen Art. 28 GG der BRD bestätigt. Wie das geschieht, wird im Folgenden aufgezeigt:

Sie entscheiden z.B. bei Ihren Gemeinderatssitzungen über Bauanträge aus der Bevölkerung. Dazu sagt Ihnen der Bürgermeister, daß eine Landesbauordnung (LBO) und ein Baugesetzbuch (BauGB) der BRD gelten würden, nach denen der Bauantrag zu beurteilen wäre. Da Sie in der Thematik unwissend sind und sich auch keine Blöße geben wollen, glauben Sie den Worten des Bürgermeisters, nicken mit dem Kopf und schon haben Sie dieses BRD-Recht in Ihrer Gemeinde eingeführt und akzeptiert. Man nennt diese Vorgehensweise juristisch: die Einlassung. Und Sie tun dieses ganz einfach ohne nachzudenken, obwohl die Gemeinde frei ist und dieses BRD-Recht nicht benötigt.

Bei größeren Projekten wie z.B. Straßenbau oder Dorfverschönerung sagt Ihnen der Bürgermeister, daß es sogar Zuschüsse/Fördermittel von Landesebene, Bundesebene oder EU-Ebene gibt. Und schon nicken sie wieder mit dem Kopf und haben gerade für etwas Geld die Gemeinde und sich selbst an andere Rechtsebenen verkauft, obwohl auch hier keine Notwendigkeit gegeben ist. Es ist richtig schade, daß Sie bisher nicht darüber nachgedacht haben, daß durch Ihr Kopfnicken diese höheren Rechtsebenen nach Landes- und Bundesrecht, viel zu viel Steuern von allen abverlangen, obwohl gemäß der Subsidiarität der Gemeinde lediglich 10% Gewerbesteuern der Gewerbetreibenden an die Gemeinde abzuführen sind. Alle Arbeitnehmer sind steuerfrei.

Das heutige Steuerrecht wurde in den west-alliierten Steuergesetzen der Trizone von 1948 in den Verordnungsblättern für die Britische Zone (VOBl.BZ) zur Begleichung der Kriegsschulden fixiert. Heute wird damit der Krieg gegen die russische Konföderation finanziert. Auch der jährlich von Ihnen geänderte Hebesatz folgt dem westlichen Besatzungsrecht. Das Positive daran ist, daß Sie als Gemeinderäte persönlich dafür haftbar gemacht werden können.

Warum gibt Ihnen der Bürgermeister diese einseitigen Informationen? Antwort: Der Bürgermeister ist der 1. Verräter in der Gemeinde. Normalerweise sind alle Wahlen in der Gemeinde Wahlen zu Ehrenämtern, d.h. Sie erhalten für die Ausübung Ihres Amtes kein Geld, außer Aufwandentschädigungen. Auch der Bürgermeister. Allerdings kommt hier der Landrat der nächst höheren Ebene ins Spiel und bietet dem neugewählten Bürgermeister ein Gehalt an, wenn er das Landesrecht und Bundesrecht der BRD in der Gemeinde umsetzt. Deswegen werden heutzutage Bürgermeisterwahlen als Stellenangebote der Gemeinde ausgeschrieben, wobei der Bürger in der westlichen Demokratie seinen Verräter freiheitlich wählen darf. Darin liegt der kleine Unterschied zur Diktatur. Das Ergebnis ist dasselbe.

Weiter wird dann auf Länderebene der Ministerpräsident mit Landtag und auf Bundesebene der Bundeskanzler mit dem Bundestag gewählt. Die Aufgabe des Bundeskanzlers ist es, den Kriegszustand gegen jeden einzelnen Deutschen – also auch gegen Sie, sehr verehrte Gemeinderäte – im Auftrag der Westalliierten durch Umsetzung des Besatzungsstatuts vom 12.5.1949, VOBL.BZ S. 399 bis in alle Ewigkeit fortzuführen, was Sie aus der „Niederschrift der Abmachungen zwischen den (West)-Alliierten Hohen Kommissaren und dem deutschen Bundeskanzler“ – der sogenannten Kanzlerakte – vom 22.11.1949, VOBL.BZ S. 551 aus der Präambel, dem Punkt IX und X entnehmen können. In der Präambel wird definiert, daß die BRD in eine Europäische Gemeinschaft eingegliedert werden soll. Unter Punkt IX ist folgendes vereinbart: „Die Frage der Beendigung des Kriegszustandes ist erörtert worden. Obwohl die Beendigung des Kriegszustandes im Einklang mit dem Geist dieser Abmachungen stehen würde, bietet doch die Frage erhebliche juristische und praktische Schwierigkeiten.“ Und weiter unter Punkt X: „Die hohen Kommissare und der Bundeskanzler haben diese Niederschrift unterzeichnet in der gemeinsamen Entschlossenheit, die in der Präambel aufgestellten Absichten zu verwirklichen und in der Hoffnung, daß Ihre Abmachungen einen bedeutsamen Beitrag zur Einordnung Deutschlands in eine friedliche und dauerhafte Gemeinschaft der europäischen Nationen darstellen.“

Die Westalliierten wußten schon 1949, daß man Deutschland 50 Jahre später in einer EU untergehen lassen werde. Man wußte damals nur noch nicht, wie man Rußland die sowjetischen Besatzungsrechte über Mitteldeutschland entziehen kann. Das Theater haben wir alle 1990 miterlebt, aber nicht verstanden. Interessant ist auch, daß die Deutschen nie über einen EU-Beitritt abstimmen durften. Die Einlassung dazu wird über die Europawahlen geholt, die in den Gemeinden mit den Bürgern durchgeführt werden.

Vielleicht stellen Sie sich jetzt die Frage: „Warum liest man nichts darüber in der Presse?“ Die West-Alliierten haben dazu in ihrem „Gesetz Nr. 5 über die Presse, den Rundfunk, die Berichterstattung und die Unterhaltungsstätten“ vom 21.9.1949, VOBL.BZ S. 506 unter dem Begriff der Pressefreiheit bestimmt, daß jegliche Form der Informationsweitergabe, welche den Alliierten schaden würde, verboten ist. Die komplette Berichterstattung ist im Westen und seit 1990 auch in Mitteldeutschland zensiert.

Nachdem Sie nun hoffentlich verstanden haben, daß Sie als Gemeinderäte Ihrer Gemeinde maßgeblich an der heutigen Weltsituation durch Ihr persönliches Unwissen und damit verbundenem Fehlverhalten beteiligt sind, möchte Ihnen Magdalena Müller in einem 10-Punkte-Plan den Ausstieg für sich selbst, für Ihre Familie, für Ihre Gemeinde und letztendlich für alle Mitteldeutschen anbieten:

1. Suspendierung des Bürgermeisters wegen Landes- und Hochverrats mit Gehaltstop.
2. Entlassung aller Beamten und öffentlich Bediensteten in der Gemeinde, die einen Eid auf BRD-Recht gegen die Gemeinde geleistet haben, mit Gehaltstop.
3. Ernennung mindestens eines kommissarischen Gemeindebeamten nach Gemeinderecht vor 1990 oder vor 1918 bis zur Wahl eines neuen Gemeinderates.
4. Aufhebung des Eingemeindungsvertrages für Eingemeindungen nach 1990 wegen Rechtswidrigkeit; damit sind diese Gemeinden wieder frei und können eigene Gemeinderatswahlen abhalten.
5. Rücktritt jedes einzelnen Gemeinderatsmitgliedes, damit Neuwahlen zum Gemeinderat möglich werden.
6. Mitteilung des kommissarischen Gemeindebeamten an die russische Regierung direkt oder über eine konsularische Vertretung, daß die Gemeinde aus dem BRD-Recht herausgenommen wurde.
7. Ausrufung von Neuwahlen zum Gemeinderat durch den Gemeindebeamten an die Bürger der Gemeinde mit freien und geheimen Papierwahlen; alternativ mit einer offenen Abstimmung zur Gemeindeversammlung.
8. Vereidigung der gewählten Gemeinderäte auf das gültige Gemeinderecht von vor 1918. Entlassung des kommissarischen Gemeindebeamten in Ehren.
9. Ernennung und Vereidigung mindestens eines Gemeindebeamten nach Gemeinderecht vor 1918, damit dieser zuerst den Gemeinderäten auf Antrag die dem Staat zugehörigen Staatsangehörigkeitsausweise ausstellen kann; dadurch wird die Wahl posthum rechtmäßig, da vorher alle deutschen Bürger seit 1935 staatenlos sind. Dazu ist der Nachweis der deutschen Abstammung nach RuStAG vom 22.7.1913 gemäß der §§ 1-6 notwendig. Danach kann auf Antrag die Ausstellung der Staatsangehörigkeitsausweise für die Bürger erfolgen, damit diese den Status der Staatenlosigkeit verlieren. Die Punkte 1-9 sollten sehr zeitnah geschehen.
10. Aufnahme der Gemeindegeschäfte: Alle Gewerbetreibenden haben sich neu anzumelden. Es besteht die Möglichkeit, einen Friedensvertrag mit der russischen Duma abzuschließen, wodurch Rußland wieder souverän wird.

Sie sind jetzt an dem letzten Punkt dieses Schreiben angekommen, der nämlich die Frage aufwirft, ob Sie als Gemeinderat überhaupt den Mut aufbringen wollen, Ihre Gemeinde und damit alle Bürger Ihrer Gemeinde aus dem verbrecherischen und imperialistischen westalliierten BRD-System herauszunehmen? Für diese Entscheidung möchte Magdalena Müller Sie mit den möglichen Konsequenzen vertraut machen:

Derzeitig sind Sie staatenlos und damit rechtlos. Wenn Sie in diesem System nach den Regeln der Westalliierten mitspielen, erhalten Sie Privilegien, meistens in Form von Geld. Sie erhalten aber nie Rechte. Der Ihnen ausgestellte Personalausweis macht Sie lediglich zu einem Angestellten des westalliierten Verwaltungskonstruktes BRD, eben Personal und keine Person. Mehr nicht. Nur: Sie erhalten kein Geld für Ihre Arbeit, sondern dürfen zu hohe Steuern abführen. Der Reisepass der BRD zeigt mit dem 6-fedrigen Adler der Weimarer Republik von 1928, daß Sie sich im Besatzungsrecht der Alliierten des 1. Weltkrieges von 1919 befinden, aber über keine Hoheitsrechte verfügen. Als Rechtlose/Rechtloser haben Sie weder Recht zur Bekleidung eines Amtes, noch Rechte zum Erwerb von Grund und Boden oder anderen Eigentums. In Kombination mit den o.a. Darlegungen sind Sie aktuell Landes- und Hochverräter. Durch die Kriegserklärung einer Annalena Baerbock gegen Rußland vom 25.1. diesen Jahres – über diesen Umstand ist zwar in der imperialistischen Presse lamentiert worden, er wurde seitens der BRD-Regierung nie dementiert – ist der mit der Sowjetunion in Karlshorst unter-

zeichnete Waffenstillstand vom 9.5.1945 aufgehoben worden. Damit ist die standrechtliche Hinrichtung wegen Landes- und Hochverrates jeder Zeit möglich. Aber auch die Ausübung von Kriegsmaßnahmen gegen die russische Besatzungsmacht – und dazu zählt die nicht-legitime Ausübung als Gemeinderat auf Basis von falschem Recht – kann die Todesstrafe mit sich ziehen. Ihre Familienmitglieder, Kinder und Enkelkinder stehen durch Ihr Handeln mit in der Haftung.

Magdalena Müller fordert Sie hiermit im Namen aller Mitteldeutschen auf, bis zum 17.7.2023 Ihre Gemeinde nach dem o.a. 10-Punkte-Plan vom BRD-Unrechtssystem in die rechtsgültige Subsidiarität der Gemeinde zurückzuführen. Nach erfolgter Umstellung werden Sie von russischer Seite sicherlich keine negativen Sanktionen zu befürchten haben. Im Gegenteil. Falls die in Berlin sitzenden derzeitigen Politverbrecher die Bundeswehr einsetzen sollten, was die westdeutschen Notstandsgesetze von 1969 erlauben, würde diese Vorgehensweise als aktive Kriegshandlung gegen die SMAD-Befehle in der sowjetisch besetzten Zone = Mitteldeutschland gedeutet werden.

Auf Grund des immer schärfer werdenden Tones und Verhaltens der BRD-Regierung gegen die russische Konföderation auf Grund der amerikanischen Interessen im Hintergrund und auch gegen die deutsche Bevölkerung, die sich innerhalb der BRD gegen die Politspitze äußert, kann momentan davon ausgegangen werden, daß die russische Armee in 2 Monaten in einer Blitzaktion über Mitteldeutschland Richtung Westen rollen wird. Außerdem ist derzeit das westliche Geldsystem am Zusammenbrechen. Die Überlebenschance der BRD über das Jahresende hinaus ist gleich null. Sie haben also nichts zu verlieren, Sie können nur gewinnen.

Abschließend sei als Resümee daran erinnert, daß die UdSSR 1990 den Mitteldeutschen der Ex-DDR die Chance gegeben hatte, sich freiheitlich ohne Besatzung aufstellen zu können. Dieses Unterfangen wurde von den BRD- und DDR-Politikern mit Unterstützung der Presse und den Westalliierten verhindert. Die Russen haben sich bewußt zurückgehalten, damit wir Mitteldeutsche durch eigene schmerzhaft Erfahrung erkennen durften, wer die wahren Feinde Deutschlands und Rußlands sind. Daher kann auf Unterstützung von Westdeutschland durch Jahrzehnte lange Verblödung auf allen Gebieten nicht länger gewartet werden. Wir müssen in guter Ostmanier die Dinge selbst in die Hand nehmen.

Dieses Schreiben geht in Kopie an die russische Regierung zur Kenntnisnahme und über unser Netzwerk an alle Mitteldeutschen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Durch unsere Kontakteute in allen Gemeinden ist Magdalena Müller über Ihre Aktivitäten als Gemeinderäte informiert. Es wäre doch sehr bedauerlich, wenn Ihr Handlungsunwille in dieser wichtigen Angelegenheit den Zorn der Bürger Ihrer Gemeinde aufkochen läßt, daß Ihre persönliche Unversehrtheit und die Ihrer Familienangehörigen Schaden erleiden könnte. Letztendlich stellt die Beseitigung von rund 30.000 Gemeinderäten auf dem Gebiet der Ex-DDR wegen Fortführung von Landes- und Hochverrats gegen uns alle keinen Verlust dar, wenn dadurch 10 Millionen Mitteldeutsche wieder in den Genuß von Recht und Freiheit kämen.

Magdalena Müller dankt Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünscht Ihnen viel Erfolg bei der Umsetzung der richtigen Entscheidung.

Magdalena Müller